

Niederschrift
über die 24. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 26.03.2019 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Solf, Michael-Ezzo
Wörmann, Josef

SPD

Daun, Dorothee
Servos, Gertrud

Vorsitzende

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Rensmann, Rainer Heinz

für N. N.

FREIE WÄHLER

Rehse, Henning

Landesbehindertenrat NRW

Arnold, Agnes
Gabor, Peter
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Romberg-Hoffmann, Ellen
Schubert, Wiebke
Seipelt-Holtmann, Claudia

Psychiatrie-Erfahrene

Drögehorn, Sandy

Freie Wohlfahrtspflege

Michel, Claus

Verwaltung:

Woltmann, Bernd
Henkel, Melanie

Leitung Anlaufstelle BRK (00.300)
Anlaufstelle BRK (00.300), Protokoll

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Resolution des Landschaftsausschusses der 14. Landschaftsversammlung Rheinland anlässlich des 10. Jahrestages des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland
3. Vorstellung der neuen "Gebrauchsanweisung" zum LVR-Aktionsplan im Internet
4. Rückblick auf den 2. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 6. Dezember 2018
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Verschiedenes
7. Anfragen und Anträge

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr
Ende der Sitzung: 11:55 Uhr

Beratungsgrundlage

**Antrag
14/267 CDU, SPD,
GRÜNE, FDP, Die
Linke., FREIE
WÄHLER K**

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau **Drögehorn** wird als neues Mitglied im LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte durch die **Beiratsvorsitzende** verpflichtet.

Frau **Servos** bittet darum, die Tagesordnung um den Punkt "Anfragen und Anträgen" zu ergänzen.

Punkt 2

Resolution des Landschaftsausschusses der 14. Landschaftsversammlung Rheinland anlässlich des 10. Jahrestages des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland Antrag Nr. 14/267 CDU, SPD, GRÜNE, FDP, Die Linke., FREIE WÄHLER

Die **Beiratsvorsitzende** verweist auf die am 22.03.2019 vom Landschaftsausschuss verabschiedete Resolution und wirbt für die Weitergabe an geeignete politische Verteiler.

Herr **Woltmann** erklärt, dass sie verwaltungsseits an den folgenden Adressatenkreis

verschickt werde: Bundestagsfraktionen, Mitglieder des Bundestages aus dem LVR-Verbandsgebiet, Bundesregierung in Person des Bundesministers für Arbeit und Soziales (federführendes Ressort/Focal Point BRK), Bundesbehindertenbeauftragter, Fraktionen des Landtages NRW, Landesregierung in Person des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführendes Ressort/Focal Point BRK), Landesbehindertenbeauftragte.

Als Tischvorlage wird ein Vorschlag der Verwaltung mit den wesentlichen Botschaften der Resolution in leichter Sprache zur Kenntnis genommen. Es wird darum gebeten, in dem Zusatztext eindeutig klarzustellen, dass der Wahlrechtsausschluss erst nach der Europawahl aufgehoben werde (die angepasste Fassung liegt an).

Zur Würdigung des Jahrestages wird abschließend der Trailer des Films "Die Kinder der Utopie" gezeigt und über Unterstützungsmöglichkeiten des bundesweiten Kino-Aktionsabends am 15. Mai 2019 diskutiert.

Herr Wörmann erklärt seine Absicht, das Projekt des mittendrin e.V. an seinem Wohnort Duisburg zu unterstützen und verweist auf die Internetseite: www.diekinderderutopie.de.

Herr Woltmann berichtet von einem Vorbereitungstermin der Initiierenden und Unterstützenden für den Aktionsabend in Köln in der vergangenen Woche. Es werden nun Möglichkeiten der Unterstützung/Patenschaft durch den LVR vor Ort gesucht.

Punkt 3

Vorstellung der neuen "Gebrauchsanweisung" zum LVR-Aktionsplan im Internet

Herr **Woltmann** und Frau **Henkel** stellen die neue digitale Gebrauchsanweisung zum LVR-Aktionsplan vor, die unter der Adresse www.inklusion.lvr.de zu finden sei. Die Stabsstelle informiere dazu auch gern in Arbeitskreisen der Fraktionen und Verbänden.

Herr **Rehse** regt an, gelegentlich die Mitgliedskörperschaften über das konsequente Vorgehen des LVR bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu informieren.

Punkt 4

Rückblick auf den 2. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 6. Dezember 2018

Herr **Woltmann** und Frau **Henkel** stellen Ergebnisse des 2. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte aus inhaltlicher und methodischer Perspektive vor.

Herr **Wörmann** führt aus, dass das Veranstaltungsformat einen Wert an sich habe. Es finde ein Dialog zwischen Akteuren statt, die beim LVR normalerweise nicht im Dialog stehen würden.

Es folgt eine angeregte Diskussion mit vielen Vorschlägen und Hinweisen für den nächsten Dialog im Dezember:

Die heterogene Besetzung der Veranstaltung mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik wird begrüßt. Es wird angeregt, dass die **Politik** zukünftig noch stärker die Rolle der "Zuhörenden" haben sollte. Eigene Beiträge sollten nicht im Vordergrund stehen.

Es wird bedauert, dass 2018 keine Akteure aus der Gebärdensprachgemeinschaft teilgenommen haben. Herr **Woltmann** bittet in diesem Zusammenhang auch die externen Mitglieder des Beirates darum, auf ihren Kanälen aktiv für die Teilnahme am

Dialog zu werben.

Es wird dafür sensibilisiert, dass die **persönliche Ansprache** aller Teilnehmenden auf Augenhöhe erfolgen sollte. Ein vertrauliches "Duzen" von Teilnehmenden mit Behinderungen etwa könne in der öffentlichen Diskussion als unangemessen wahrgenommen werden.

Wenn Teilnehmenden ein **Ruhe- und Rückzugsort** angeboten werden könne, solle auch darauf schon in der Einladung hingewiesen werden.

Es wird ferner angeregt, auch **Fachleute des LVR außerhalb der Zentralverwaltung** (z.B. Ärzt*innen aus den Kliniken) in die Arbeitsgruppen einzubinden.

Große Unterstützung findet der Vorschlag, **beide Teile der Veranstaltung**, d.h. Plenum und Arbeitsgruppen, stärker inhaltlich über den Schwerpunkt Menschenrechte miteinander zu verknüpfen und die Diskussionen in den **Arbeitsgruppen** thematisch zu fokussieren. Ein dafür geeignetes Thema sei zum Beispiel "Gesamt- und Teilhabeplanung".

Herr **Woltmann** sichert zu, dass alle Vorschläge und Hinweise geprüft würden. Er weist darauf hin, dass der Dialog als spezifischer Teil des partizipativen Berichtswesens zum LVR-Aktionsplan keine Veranstaltungen der Fachdezernate ersetzen kann und soll. Dies sei bei der Themenplanung auch im Hinblick auf die Zuständigkeiten der Fachausschüsse grundsätzlich zu beachten.

Punkt 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Es gibt keine Mitteilungen der Verwaltung.

Punkt 6 **Anfragen und Anträge**

Frau **Servos** verweist noch einmal auf den Wahlrechtsausschluss zur Europawahl, der in der Resolution aufgegriffen wurde. Sie fragt danach, wie mit Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes (Unzulässigkeit des Wahlrechtsausschlusses) künftig in den LVR-HPH-Netzen und im LVR-Maßregelvollzug umgegangen werde.

Frau **Schubert** erinnert an das wiederholt von externen Beiratsmitgliedern geäußerte Anliegen, externe Referierende zum Thema Gewaltfreie Psychiatrie einzuladen oder eine auswärtige Klinik zu besuchen. Sie erkundigt sich zudem nach der Zahl der "langliegenden" psychiatrischen Patient*innen im LVR-Klinikverbund mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als sechs Wochen.

Herr **Woltmann** weist darauf hin, dass diese konkreten Themen primär in den Geschäftsbereich des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen fallen und politisch an den Gesundheitsausschusses bzw. den Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen zu adressieren seien.

Herr **Wörmann** bestätigt die originären Federführungen der Fachausschüsse im Verhältnis zum Ausschuss für Inklusion mit seinem partizipativen Beirat als besonderen "Querschnittsausschuss". Dieses Konstrukt sei wie die Gesamtsteuerung der Umsetzung der BRK in der Verwaltungsspitze ein Alleinstellungsmerkmal des LVR. Er bittet die Verwaltung um rechtliche **Prüfung**, inwiefern externen Mitgliedern des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte Rederecht in anderen Ausschüssen eingeräumt werden

könne, wenn entsprechende Themen zuständigkeithalber dort zur Sprache kommen.

Nach entsprechender Prüfung gibt die Verwaltung **nachträglich folgende Bewertung** zu Protokoll:

Jedem Fachausschuss steht es frei, externe sachkundige Expert*innen zu einem Tagesordnungspunkt anzuhören. Insofern können auch externe Beiratsmitglieder eingeladen werden und Rederecht erhalten. Ein allgemeines Rederecht der Beiratsmitglieder in Fachausschüssen ist nicht möglich. Darüber hinaus kann gemäß § 42 der Geschäftsordnung der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland und ihrer Ausschüsse Gästen in öffentlicher Sitzung im Einzelfall Rederecht erteilt werden, wenn dies so einstimmig beschlossen wird.

Punkt 7 **Verschiedenes**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Solingen, den 29.04.2019

Die Beiratsvorsitzende

D a u n

Köln, den 08.04.2019

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

L u b e k

„Gemeinsam in Vielfalt – Inklusion als Menschenrecht umsetzen“

Resolution des Landschaftsausschusses der 14. Landschaftsversammlung Rheinland zum Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention am 26. März 2019

Die Resolution wurde am 22. März 2019 in Köln auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Freie Wähler einstimmig beschlossen.

Die wesentlichen **Botschaften** werden wie folgt in leichter Sprache zugänglich gemacht:

Die **UN-Behindertenrechts-Konvention** ist seit 10 Jahren ein sehr wichtiges Gesetz für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland.



Das große Ziel nennt man oft **Inklusion**.

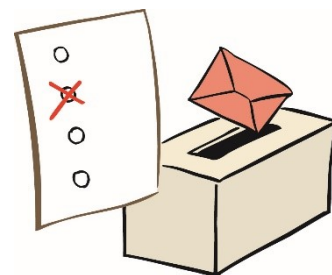
Es gibt in Deutschland gerade zwei besonders **wichtige Themen** für die Rechte von Menschen mit Behinderungen:

Ohne Inklusion gibt es viele Probleme für **Kinder mit Behinderungen und ihre Eltern**.



Wenn Kinder mit Behinderungen auf die Welt kommen, brauchen die Eltern **viel Mut und Unterstützung**.

Die **Politik entscheidet über die Gesetze** in Deutschland. Alle Menschen mit Behinderungen sollen darum **wählen gehen** dürfen.



Leider klappt das bei der **Europa-Wahl am 26. Mai 2019** noch nicht.

Der LVR macht schon viel für die **Inklusion im Rheinland**.



Dafür hat der LVR einen eigenen **Aktionsplan**.

Zum Beispiel sollen Menschen mit Behinderungen vom LVR gute **Hilfen beim Wohnen und bei der Arbeit** bekommen.

Das steht auch im neuen **Bundes-Teilhabe-Gesetz**.

Die **Politik im LVR** verspricht:

Wir arbeiten weiter **für Inklusion und Menschenrechte im Rheinland**.

Das ist unser wichtigstes Ziel!

Und: Das schafft der LVR nicht alleine.

Alle wichtigen Einrichtungen in Deutschland müssen helfen.



Zum Beispiel der **Deutsche Bundestag** in Berlin.

Bilder: © Reinhild Kassing

Haben Sie Fragen zu diesem Text in leichter Sprache? Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen: 0221-809-2202. Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de

Kontakt:

Landschaftsverband Rheinland, LVR-Stabsstelle Inklusion–Menschenrechte–Beschwerden
Herr Bernd Woltmann, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln, bernd.woltmann@lvr.de

Die Resolution im Volltext und weitere Informationen rund um das Thema „Inklusion und Menschenrechte“ im LVR finden Sie unter www.inklusion.lvr.de.